

„Krieg gegen die Menschen“

CSU-Außenexperte Peter Gauweiler über die US-Strategie in Afghanistan

VON WOLFGANG BLIEFFERT
KASSEL. Peter Gauweiler ist ein Einzelkämpfer. In seiner Partei, der Christlich Sozialen Union (CSU), steht er mit seiner ablehnenden Haltung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ziemlich allein da. Im Interview unserer Zeitung begründet er, warum in Deutschland endlich über eine Abzugsstrategie nachgedacht werden muss.

Fünf Jahre nach dem Afghanistan-Krieg sind die Taliban offenbar wieder da, es mehren sich die Anschläge auf die Isaf-Truppe. Wie soll es weitergehen?

PETER GAUWEILER: Die gegenwärtige Auseinandersetzung kann mit militärischen Mitteln nicht mehr gewonnen werden. Vor allem im Süden, wo von den Amerikanern Bohrleitungsprojekte durchgesetzt werden sollen - koste es, was es wolle - ist inzwischen ein offener Krieg ausgebrochen, der von den Menschen empfunden wird als Krieg gegen die Bevölkerung.

Dagegen ist die Hauptstadt Kabul ...

GAUWEILER: ... zu einem Tummelplatz von Drogenbaronen und ihren Helfern verkommen, die sich dort ausgerechnet unter dem Schutz der Nato breitgemacht haben. Und die amerikanischen Dienststellen übertragen mehr und mehr militärische und polizeiliche Aufgaben an private Sicherheitsdienste, also Söldnertrup-

pen, die dort auf alles schießen, was sich bewegt.

Was bedeutet das für die Bevölkerung?

GAUWEILER: Millionen Menschen verarmen und verslumen. Angesichts dieser verheerenden Lebensverhältnisse kann man Widerstandshandlungen nicht automatisch als Terrorismus einstufen.

Die Situation erinnert an den Irak.

GAUWEILER: Richtig. Afghanistan droht in eine aussichtslose Lage zu schlittern, wie sie im Irak bereits eingetreten ist.

Was bedeutet das also für das gerade eben verlängerte Bundeswehrmandat?

GAUWEILER: Die frühere Taliban-Regierung - vom Weltsicherheitsrat zu Recht als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eingeordnet - ist durch den Krieg 2001 beseitigt worden. Bei der Operation Enduring Freedom und der International security assistance force (Isaf), und wie die ganzen aufgeblasenen Begriffe sonst noch heißen, handelt es sich heute völkerrechtlich um die Unterstützung einer souveränen Regierung bei der Bekämpfung von Aufständischen. So weit, so gut. Aber inzwischen sind Teile der die Regierung Karsai tragenden politischen Klasse zu einem wesentlichen Unterstützungsfaktor eines verbrecherischen Systems des internationalen Heroinhandels geworden. Ein solches System zu unterstüt-

zen, ist die Bundeswehr nicht da, das verbietet unser Grundgesetz. Eine Politik des „Weiter so“ darf es also nicht geben.

Ein Rückzug der Bundeswehr würde dem Nato-Engagement praktisch den Boden entziehen ...

GAUWEILER: Aber die Alternative kann doch nicht heißen: Immer tiefer rein ins Schlammassel! Es muss auch eine Exit-Strategie entwickelt werden. Die westliche Führungsmacht USA sieht Afghanistan doch als Teil eines globalen bewaffneten Konflikts, den die Regierung Bush als Krieg gegen den Terrorismus tarnt und sich dabei völlig verrannt hat. In diesem Krieg hat Washington ein System von Maßnahmen - Guantanamo, Abu Ghraib, Aussageerpressung und Entführungen - entwickelt, das außerhalb der guten Sitten des Rechtsstaates angesiedelt und mit unserem Rechtsverständnis nicht vereinbar ist. Geschäftsgrundlage unseres Einsatzes in Afghanistan war es aber, dem internationalen Recht zur Durchsetzung zu verhelfen. Wir dürfen nicht Kombattanten in einem Indianerkrieg werden, wo jeder Einheimische, der sich den Vorgaben der US-Army widersetzt, planiert und klein gesägt werden darf.

Ist denn nichts erreicht worden in den fünf Jahren, das es wert wäre, es zu verteidigen?

GAUWEILER: Die deutschen Hilfeleistungen haben ursprünglich einem noblen

Zweck gedient. Aber das alles wird doch bereits zur Disposition gestellt! Die jüngste TV-Reportage von Peter Scholl-Latour hat einem Millionenpublikum vor Augen geführt, dass auch in Kabul die Frauen wieder all den sichtbaren Beeinträchtigungen ausgesetzt sind, deren Beseitigung einst eine der moralischen Begründungen des Eingreifens in Afghanistan war.

Müssen wir uns also eines Tages auf Bilder wie aus Saigon 1975 einstellen, wo Hubschrauber vom Dach der US-Botschaft die letzten Flüchtlinge evakuieren?

GAUWEILER: Da antworte ich mit George Bernhard Shaw: Wir lernen aus der Geschichte, dass wir nichts aus der Geschichte lernen.

Sie stehen im Regierungslager weitgehend allein da ...

GAUWEILER: Mein CDU-Kollege Willy Wimmer und ich sind heute genauso „isoliert“ wie vor vier Jahren in der Debatte um den Irakkrieg. Damals mussten sich die christlichen Demokraten entscheiden, ob sie Bush folgen oder dem Papst. Aber in der Bevölkerung waren wir nicht isoliert. In der Afghanistan-Frage wird es genauso kommen.

Peter Gauweiler

Anwalt Peter Gauweiler (57, CSU) ist evangelisch, verheiratet und hat vier Kinder. In der Politik machte er sich einen Namen als Kreisverwal-

tungsreferent in München, später als Innenstaatssekretär in Bayern. Seit 2002 MdB ist er jetzt Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.